

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	24.04.2024
Thema	Parteien
Schlagworte	Bundesverfassung
Akteure	Keine Einschränkung
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1965 - 01.01.2024

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Brändli, Daniel
Bühlmann, Marc
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias

Bevorzugte Zitierweise

Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias 2024.
Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Bundesverfassung, 1991 – 2013.
Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern.
www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 24.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Grosse Parteien	1
Konservative und Rechte Parteien	2

Abkürzungsverzeichnis

EU	Europäische Union
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EG	Europäische Gemeinschaft

UE	Union européenne
CrEDH	Cour européenne des droits de l'homme
EEE	l'Espace économique européen
CE	Communauté européenne

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Grosse Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 02.05.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Sowohl in den «Grundsätzen zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre», welche an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung in Basel verabschiedet wurden, als auch in dem am Parteitag in Freiburg gutgeheissenen neuen Parteiprogramm «Zielsetzungen 1991-95 der FDP Schweiz», bekräftigte die Partei die Politik der **Deregulierung in Wirtschaft und Gesellschaft**, wonach der Staat nur noch wenige Rahmenbedingungen setzen sollte. Dieses Prinzip des «Ordoliberalismus» sollte, der Schweiz die nötigen Voraussetzungen liefern, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Im Parteiprogramm unterstrich die FDP die Notwendigkeit, die **Totalrevision der Bundesverfassung** als Voraussetzung für die Regierungs- und Parlamentsreform voranzutreiben. Zur Frage der europäischen Integration nahm die Partei eine differenzierte Position ein; falls die EWR-Verhandlungen ein unbefriedigendes Ergebnis zeitigen sollten, will die FDP in einer **Urabstimmung** alle Parteimitglieder befragen, ob sie für einen **Vollbeitritt zur EG** oder für einen Ausbau der bilateralen Beziehungen im Rahmen der bisherigen Freihandelspolitik sind. In der Diskussion zur Drogenpolitik äusserten sich die Delegierten **positiv** zur Möglichkeit der **kontrollierten Abgabe von Drogen** an Süchtige, lehnten jedoch die Eröffnung weiterer Fixerräume deutlich ab. Ins Programm aufgenommen wurde auch die Befürwortung von marktwirtschaftlichen Instrumenten wie Lenkungsabgaben im Umwelt- und Energiebereich, allerdings unter der Bedingung, dass diese keinerlei fiskalische Nebenzwecke verfolgen und die Teuerung nicht anheizen.¹

INTERPELLATION / ANFRAGE
DATUM: 09.12.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Nach der Ablehnung des EWR-Vertrags reichte die SP-Fraktion eine Interpellation zur Totalrevision der Bundesverfassung ein, in welcher sie unter anderem die **Neukonzeption der schweizerischen Aussenpolitik** als wichtiges Element einer **revidierten Bundesverfassung** verlangte.²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.09.1995
EVA MÜLLER

Als erste Bundesratspartei griff die CVP die anstehende Revision der Bundesverfassung auf und stellte diese ins Zentrum eines Parteitages in Olten. Unter dem Motto «Wir schmieden die Zukunft» forderte sie einen Städteartikel in der Verfassung, der die **Städte und Agglomerationen institutionell stärken** soll. Weiter schlug sie einen Verfassungsartikel vor, der dem **Bund mehr Koordinationskompetenzen im Hochschulbereich** geben soll. Die Partei machte sich ausserdem für **Reformen in der Berufslehre** stark und möchte der sinkenden Bereitschaft der Wirtschaft, Lehrlinge auszubilden, mit einem steuerlichen Lastenausgleich entgegen wirken.³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 22.04.1996
EVA MÜLLER

Als einzige Partei widmete die SVP der im Rahmen der Totalrevision der Bundesverfassung geplanten Reform der Volksrechte einen Sonderparteitag und **profilerte sich dabei als Hüterin der Volksrechte**. Sie sprach sich zwar für den vorgeschlagenen Ausbau der Volksrechte aus, verwarf aber die im Gegenzug vorgesehene Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum.⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 03.08.2013
MARC BÜHLMANN

Die FDP beteiligte sich an der von der SVP lancierten Debatte um das **Verhältnis zwischen Völker- und Landesrecht** in Form einer Anfang August präsentierten frühen Fassung eines Positionspapiers. Die Freisinnigen schlugen darin vor, das Völkerrecht innerstaatlich abzustufen. Damit könne festgelegt werden, dass ein Bundesgesetz grösseres Gewicht habe als ein drittrangiger Staatsvertrag. Wie bei einem gleichstufigen Konflikt vorgegangen werden soll, wurde allerdings nicht erörtert. Ablehnend stand die FDP den Vorschlägen des Bundesrates gegenüber, der Einschränkungen des Initiativrechts vorsieht, um Konflikte künftig zu vermeiden. Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof, den die FDP ausdrücklich akzeptierte, dürfe sich aber nicht zu stark in nationale Angelegenheiten einmischen.⁵

Konservative und Rechte Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 15.05.1995
EVA MÜLLER

In ihrer Wahlplattform bekräftigte die EVP das **«E» in ihrem Namen als Leitmotiv**. Deziert sprach sie sich in der Familienpolitik gegen die Fristenlösung, für eine Mutterschaftsversicherung und eine Harmonisierung der Kinderzulagen aus. Weiter schlug sie ein Bundesamt für Familienfragen und die Einführung eines Familienstimmrechts nach dem Motto «Ein Mensch - eine Stimme» vor, wobei das Stimmrecht der Kinder von den Eltern treuhänderisch wahrgenommen würde. Zur Integrationsfrage gab sich die Partei zurückhaltend; vor einer neuen Beurteilung der Beitrittsfrage will sie die bilateralen Verhandlungen mit der EU zu Ende führen. Stark machen will sich die EVP für die **Reform der Bundesverfassung**, die von ethischer und geistiger Tragweite sei. ⁶

PARTEICHRONIK

DATUM: 27.01.1997
EVA MÜLLER

Weil der Bundesrat nicht zuletzt bei der Diskussion um die Holocaust-Gelder «Führungslosigkeit» an den Tag gelegt habe, forderte die Partei **im Rahmen der Bundesverfassungsrevision** die Möglichkeit, den Bundesrat durch ein konstruktives Misstrauensvotum abzuberufen. Desgleichen sollte der Bundesrat dem Parlament die Vertrauensfrage stellen können. ⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 20.03.1999
DANIEL BRÄNDLI

Die SD fassten im März die **Nein-Parole zur Revision der Bundesverfassung**. Es handle sich dabei um eine **unschweizerische und gefährliche Mogelpackung**. Stossend empfand die Partei insbesondere den veränderten Passus, wonach in Zukunft nicht mehr die «Freiheit und Rechte der Eidgenossen» sondern nur noch die «Rechte der Bevölkerung» zu schützen seien. Die SD wehrten sich dagegen, da damit die ausländische Bevölkerung der schweizerischen Bevölkerung gleichgestellt werden könnte, namentlich im Stimm- und Wahlrecht. ⁸

1) NZZ vom 28.1.91; Presse vom 27.4. und 29.4.91; L'Hebdo vom 2.5.91

2) Verhandl. B. vers., 1992, VI, S. 57

3) Presse vom 19.7.95; SGT und TA, 25.9.95

4) Presse vom 22.4.96

5) NZZ, 3.8.13.

6) NZZ und TA, 15.5.95

7) BZ, 27.1.97

8) NZZ, 22.3.99